

Änderungsantrag 16
Mario Borghezio, Harald Vilimsky, Gerolf Annemans
im Namen der ENF-Fraktion

Bericht

A8-0091/2019

Kati Piri

Bericht 2018 über die Türkei
(2018/2150(INI))

Alternativer Entschließungsantrag (Artikel 170 Absatz 3 der Geschäftsordnung) zu dem nichtlegislativen Entschließungsantrag A8-0091/2019

Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Bericht 2018 der Kommission über die Türkei

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschlüsse zur Türkei, insbesondere jene vom 24. November 2016 zu den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei¹, vom 27. Oktober 2016 zu der Lage der Journalisten in der Türkei² und vom 8. Februar 2018 zur aktuellen Lage der Menschenrechte in der Türkei³,
- gestützt auf Artikel 52 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Türkei kein europäisches Land ist und daher nicht Mitglied der EU werden kann;
- B. in der Erwägung, dass die türkische Regierung internationale Haftbefehle einsetzt, um Gegner des Erdoğan-Regimes aufzuspüren;
- C. in der Erwägung, dass diese repressiven Praktiken und die Rechtslage zunehmend auch europäische Länder und deren Bürger betreffen;
- 1. hält den Missbrauch internationaler Rechtsmechanismen durch die türkische Regierung für inakzeptabel;
- 2. weist erneut darauf hin, dass die Verletzung der Redefreiheit und der Medienfreiheit nicht das einzige strukturelle Problem in der Türkei ist, sondern dass dazu unter anderem auch der Umgang mit Menschenrechtsverteidigern und Angehörigen religiöser und anderer Minderheiten sowie die Weigerung gehören, die Republik Zypern und den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen;
- 3. zeigt sich zutiefst besorgt über die Einmischung der Türkei in die inneren

¹ ABl. C 224 vom 27.6.2018, S. 93.

² ABl. C 215 vom 19.6.2018, S. 199.

³ Angenommene Texte, P8_TA(2018)0040.

Angelegenheiten und Gesellschaften der EU-Mitgliedstaaten, die über ihre Diaspora und insbesondere über die Netzwerke der Muslimbruderschaft in einer Art und Weise erfolgt, dass die Grundwerte der europäischen Zivilisation wie Demokratie und Freiheit der Meinungsäußerung bedroht werden; ist überdies besorgt darüber, dass der europäische Zweig des türkischen Direktorats für religiöse Angelegenheiten (DITIB) Moscheen in über 200 europäischen Städten kontrolliert, deren Imame türkische Beamte sind; fordert die türkischen Behörden auf, den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der EU-Mitgliedstaaten zu achten;

4. fordert die Kommission auf, die Heranführungshilfen endgültig auszusetzen;
5. empfiehlt, dass die Kommission und der Rat der Europäischen Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei unverzüglich offiziell beenden;
6. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Mitgliedstaaten sowie der Regierung der Türkei und der Großen Nationalversammlung der Türkei zu übermitteln, und ersucht um eine Übersetzung dieses Berichts ins Türkische.

Or. en